

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Befellungen nehmen die Anzeigen- und die Anwerbe-Abteilungen entgegen. - Schriftlich schriftlich. Fernsprech-Anschlag Nr. 25.

Redaktionspreis für Abonnenten des Tagesblattes für den Monat 1,50 Mark, für den halbjährigen 7,50 Mark, für den jährlichen 14,00 Mark. Postamt-Nummer: Amt Leipzig Nr. 1040.

Telegramme: Engelblat Auergebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postamt-Nummer: Amt Leipzig Nr. 1040

Nr. 43

Mittwoch, den 20. Februar 1924

19. Jahrgang

Der Anteil der Braunkohle an unserer Kohlenversorgung.

Durch die Württemberg des wichtigen Kohlenlieferungsgebietes Ost-Oberschlesien, die Entziehung der Saar, sowie die Reparationslieferungen an die Entente wurde die deutsche Kohlenwirtschaft grundlegend umgestaltet. Vor dem Kriege konnte nicht nur der heimische Bedarf mit hochwertiger Kohle gedeckt werden, sondern darüber hinaus war noch ein sehr erheblicher Kohlenausfuhrüberschuss möglich. Im Jahre 1922 lieferten wir insgesamt 12 032 265 Tonnen Reparationskohle an Frankreich und Jugoslawien. Im Jahre 1923 erreichte infolge der Ruhrbesetzung trotz aller französischer Bemühungen die Gesamtlieferung nur 4 882 100 Tonnen Brennstoff, die ungefähr 28 Prozent der Kommissionsforderung ausmachten. Unter diesen Umständen ist es erklärlich, daß wir unser Interesse in verstärkter Weise der Braunkohle zuwenden mußten. So hatte die deutsche Kohlenwirtschaft des Jahres 1919 im Monatsdurchschnitt eine Steinkohlenförderung von 15,8 Millionen Tonnen und eine Braunkohlenförderung von 1,6 Millionen Tonnen, während der Monatsdurchschnitt des Jahres 1923 nur eine Steinkohlenförderung von 1,2 Millionen Tonnen, dagegen bereits eine Braunkohlenförderung von 2,6 Millionen Tonnen ergab, wobei hier Braunkohle und Restkohlen nach den mit der Reparationskommission vereinbarten Sätzen auf Steinkohle umgerechnet sind. Die Förderung von Braunkohle nahm im Laufe der letzten Jahre sehr einen großen Aufschwung. Noch im Jahre 1919 wurden nur 25 Millionen Tonnen abgebaut. Bereits 1918 stieg die Förderziffer auf 87 Millionen Tonnen und erreichte im Jahre 1923 die statistische Höhe von 187 Millionen Tonnen. Die Bruttoerzeugung allein belief sich im Rechnungsjahr 1923 auf 29 Millionen Tonnen, die der Rohbraunkohle für Industriezwecke im gleichen Jahre auf 85 Millionen Tonnen.

Neben der durch technische Verbesserrungen immer rationeller gestalteten Teer- und Benzol- und neben dem aus diesem Produkte ausdestillierten Paraffin stellt neuerdings eine Anzahl weiterer ebenfalls aus dem Braunkohlenteer gewonnenen Öle eine große Rolle, da diese Öle als Brennstoff für die zu immer größerer Verbreitung gelangten Motoren dienen. Endlich sei noch auf die durch besonderes Verfahren aus der Kohle gewonnenen Heizstoffe in Form von Erdgas hingewiesen, der in letzter Zeit im Haushaltsbedarf einen bevorzugten Platz erobert hat.

Die gesamten Braunkohlenvorräte des deutschen Reiches werden im ganzen auf 3,27 Billionen Kilowattstunden geschätzt, wobei ein Kilogramm Braunkohle = 0,23 Kilowattstunde gesetzt wird. Mit Rücksicht auf die Reparationslieferungen an Frankreich — wir lieferten im Jahre 1923 insgesamt 156 800 Tonnen Braunkohlenbrüsketts dorthin — müße endlich noch erwähnt werden, daß die Förderung Frankreichs im Jahre 1918 noch etwa 1,4 Millionen Tonnen, 1923 jedoch nur noch 0,8 Millionen Tonnen, also durchschnittlich nur 0,8 Prozent der deutschen Förderung erreichte.

Von den qualitativ schlechteren Kohlen, die bei den hohen Ansprüchen für die Zwangslieferungen der deutschen Wirtschaft verbleiben, werden zur Erzielung des gleichen Heizwertes z. B. viel größere Mengen verbraucht wie etwa vor dem Kriege an Qualitätsbrennstoffen. Zudem sind wir aus Sparmaßregeln gezwungen, die Einfuhr teurer ausländischer Qualitätsbrennstoffe nach Möglichkeit einzuschränken. Es erscheint somit durchaus gerechtfertigt, wenn in immer stärkerem Maße die Produktion von Braunkohle und die Verwendung dieser selbst bezw. der aus ihnen gewonnenen hochwertigen Heizstoffe in industriellen Kreisen gefördert wird.

Reichstagsauflösung in Sicht

Der Kanzler läßt an die Notverordnungen nicht rühren. In der Besprechung mit den Parteiführern erklärte der Reichskanzler, daß die Regierung nicht in der Lage sei, eine kritische Besprechung oder gar einen Antrag irgendeiner Fraktion auf Aufhebung der Notverordnungen, sei es im Plenum, sei es in den Kommissionen zuzulassen. Die Regierung sei vielmehr entschlossen, den Bestand der auf Grund des Ermächtigungsgesetzes erlassenen Verordnungen unbedingt zu sichern und ihr Ergebnis nicht durch Kritik beeinträchtigen zu lassen.

Die sozialdemokratischen Vertreter erklärten, daß sie sich diesem Entschluß der Reichsregierung nicht fügen wollten, vielmehr auf eine eingehende Besprechung der Notverordnungen vor der Öffentlichkeit bestehen müßten. Im übrigen verbotenen die Sozialdemokraten darauf, daß bereits ein deutschnationaler

Antrop auf Aufhebung der Beamtenabbauverordnung liegt, daß sie also mit ihrer Forderung auf Besprechung nicht allein beständen.

Ingefolgt dieser Ausführungen der Sozialdemokraten erklärte der Reichskanzler, daß dann die Regierung sich gezwungen sehe, zu dem äußersten Mittel zu greifen und den Reichstag in kurzer Frist aufzulösen.

In parlamentarischen Kreisen erwartet man, daß diese Auflösung im Laufe der nächsten Woche ausgetrieben werden wird. Die Neuwahlen des Reichstages dürften in den Anfang April fallen.

Schwere Erregung in der Pfalz.

Unruhige Drangsalierungen.

Man ist in der Pfalz allgemein der Auffassung, daß die Verdon des Generals de Mele das Hauptübel für eine Wiederkehr normaler und geordneter Zustände ist. Aus sämtlichen Städten der Pfalz kommen übereinstimmende Nachrichten von brutalen Repressalien der französischen Zivilbelegierten. Besonders bedrohlich hat sich aber die Lage in Birmasens zugeschildert. Die unerhörten Strafmaßnahmen der Besatzungsbehörde, die zahlreichen Verhaftungen angelegener Bürger, Mißhandlungen von Gefangenen usw. haben bei der Bevölkerung eine außerordentliche Erregung hervorgerufen. Infolge der Verhaftung von fünf Fabrikanten sind die bedeutendsten Betriebe ohne jede Leitung. Gestern ist ein allgemeiner Streik als Protest gegen das Verhalten der französischen Besatzungsbehörde angeordnet. Sämtliche Betriebe und Geschäfte sind geschlossen.

Reitet Birmasens!

Die Einwohnerschaft von Birmasens hat durch die Funktionäre folgenden Hissruf an die Welt gesandt: „S. O. S. Während die Separatisten monatelang die Bevölkerung ungestraft plündern, rauben und unterdrücken durften, werden jetzt in Birmasens alte angelegene Bürger von der französischen Kriminalpolizei ins Gefängnis geworfen und mißhandelt. Hunderte stehen aus Furcht vor Mache. Dies alles nur weil die Bevölkerung aus Notwehr und in der Verteidigung sich der Separatisteneingebildete entledigte. Die Erregung ist ungeheuer. Reitet Birmasens!“

Was wird Herr Arbeiterführer Maedonald dazu sagen? — Er wird sein Augenmerk auf die fehlende militärische Bekleidung gewisser deutscher Kreise konzentrieren, um nichts Anderes zu sehen.)

Elbe über die Pfalzkämpfe.

Vochtschwarz Elbe, dem die Pfälzer für seinen offenen Blick und sein zutreffendes Urteil überaus dankbar sind, hat sich, wie der Demokratische Zeitungsdienst erklärt, in diplomatischen Kreisen dahin ausgesprochen, daß er die Angriffe auf die Separatisten zwar begreife aber doch bedauere, weil anzunehmen sei, daß man diese Selbsttötung zum Anlaß nehmen werde, die nicht ausschließliche Entwicklung der Dinge zum Besseren wieder zu hemmen. Es sei zu erwarten gewesen, daß die Separatisten unter dem Druck der Meinung Englands ohnehin bald verschwunden wären.

Daß Herr Elbe, der, obwohl Angehöriger eines Entente-Landes, der Unternehmung der Vorgänge in der Pfalz eine hervorragende Neutralität bewahrt hat, solche Äußerungen aus Uebelmollen tut, ist selbstverständlich gänzlich ausgeschlossen. In diesem Sinne werden also seine Bemerkungen als das Urteil eines unbefangenen Ausländers Beachtung finden müssen. Aber man wird berechtigt sein hinzuzufügen, daß Herr Elbe doch zu wenig Rücksicht nimmt auf die psychologische Einstellung eines Volkes, das durch die Gewalttaten und Bedrückungen der Separatisten, über die wir eine kurze Uebersicht gestern zum Ausdruck brachten, bis zum äußersten erbittert war, so daß der Ausbruch der Volkseifersucht eine unentmeidbare Folge des Schreckensregiments sein mußte.

Die Kosten der Militärkontrolle.

Neben der Tatsache, daß nach dem Friedensvertrag die Militärkontrolle nicht mehr die letzte Berechtigung hat, steht auch die Kostenfrage eine wichtige Rolle. Hier sind folgende Zahlenergebnisse von Interesse: Für den Monat Dezember 1923 betrugen die tatsächlichen Ausgaben für den Unterhalt des Ueberwachungs-ausschusses, d. h. die Kosten für Unterbringung, 128 150 Goldmark, für Kraftwagenbetrieb 181 600 Goldmark, für Geschäftszimmerbedürfnisse Heizung, Beleuchtung, Fernsprecher, sanitäre Zweck usw. 75 050 Goldmark und für Reise-

kosten 5000 Goldmark. Das ergibt eine Summe von 385 800 Goldmark. Die persönlichen Ausgaben betragen für die besonderen Dienstzulagen 28 000 Goldmark; für die Deimatgehälter, deren Erstattung von uns gefordert wird, rund 600 000 Goldmark. Das ergibt eine Gesamtausgabe von 1 215 800 Goldmark. Diese Summe erhält ihre besondere Bedeutung, wenn man ihr den Betrag der Gehälter nebst Ortszuschlägen sämtlicher Offiziere der Reichswehr gegenüberstellt, der nur 688 600 Goldmark ausmacht.

Die neue Goldnotenbank.

„New York Herald“ gibt folgende Darstellung der Grundlagen, auf denen die Finanzsachverständigen ihren Bericht aufzubauen gedächten:

1. Die neue Goldnotenbank, die als einziges derartiges Institut funktionieren, die Rentenmark und die Papiermark absorbieren und über genügende Goldreserven verfügen sowie internationaler Kontrolle unterliegen sollte, werde die Goldreserven der Reichsbank und das in Deutschland noch aufzutreibende Kapital übernehmen. Dinszusommen solle ausländisches Kapital.

2. Ein deutsches Budget, das auf Goldgrundlage hinsichtlich der ordentlichen Einnahmen absolut ausgeglichen sei gleichzeitig aber voraussetze, daß das Ruhrgebiet wirtschaftlich wieder Deutschland einverleibt werde. Daneben soll ein dreijähriges Moratorium für Reparationszahlungen vorgeschlagen werden.

3. Eine internationale Anleihe als weiteren Stabilisierungsfaktor zu garantieren durch die deutschen Eisenbahnen. Ein Teil der Anleihe soll für den sofortigen Bedarf der Länder Verwendung finden, die wie Frankreich in nächster Zeit von gewissen deutschen Zahlungen abhängig seien. Der Betrag der Anleihe werde sich wahrscheinlich in der annähernden Höhe der von der Presse bereits genannten 10 Milliarden Goldmark halten.

Der „New York Herald“ hält es für wenig wahrscheinlich, daß über die grundlegenden Prinzipien unter den Sachverständigen Meinungsverschiedenheiten beständen. Nach den vorliegenden Anzeichen zu schließen, würden die Sachverständigen empfehlen, daß die wirtschaftliche Kontrolle des Ruhrgebietes an Deutschland zurückginge.

Poincares Rücktritt verlangt.

Aufregung über den Frankentzug.

Die starken Kursstürze des französischen Franken veranlassen die Blätter selbst so entgegengesetzter politischer Richtung wie „L'oeuvre“ und „Victoire“ zu demselben Schreiedruf, daß nämlich das Kabinett Poincare sich sofort zurückziehen solle. Die „Victoire“ erklärt, daß der Fall des französischen Franken das Werk der ohnmächtigen Regierung sei. Durch ihren Mangel an Voraussicht und Entschlußfähigkeit habe sie Frankreich dorthin geführt, wo es jetzt stehe. Die Deutschen hätten unrecht zu klammern, wenn man das Kabinett stürze. Gerade wenn man das Kabinett behielte, könnten sie Feuerwerk anzünden, weil der Franken weiterstiege.

Nun folgt eine kühnere Anklage Millerands. Seit einem Jahre habe die Regierung im Innern nichts getan. Als die Angriffe auf den französischen Franken erfolgten habe sie der französischen Nation den Ernst der Lage nicht geschildert und keine Vollmachten verlangt, sondern sie habe ein parlamentarisches Geschwätz angelassen. Die „Victoire“ erklärt ausdrücklich, was in diesem Augenblick das Ministerium Poincare leisten könne, sei sein Rücktritt. Das Blatt fordert selbstverständlich die Einführung der Diktatur.

Auch Vertinax, König der getreuesten Robredner Poincares kommt zu den schmerzlichen Befundnissen und vor allem zu dem, daß Frankreich dasselbe begehe, was es Deutschland immer vorgeworfen habe, nämlich eine unbeschränkte Inflation, die allerdings in Frankreich nicht in Form von Banknoten, sondern in der von Anleihen vorgenommen werde. Aber zur Entwertung der französischen Devisen habe auch die Unflughet der französischen Vertreter gegenüber dem deutschen Separatismus beizutragen Frankreichs Stellung sei nicht nur gegenüber Deutschland geschwächt worden, sondern England und Amerika beurteilten es wegen der separatistischen Vorwommnisse übelwollend. Um die Situation zu verbessern, sei es notwendig, vor allem mit der Ausgabe neuer Anleihen Schluß zu machen. Ferner müßten die Währungsverträge sofort erneuert werden, und sie müßten durch Abmachungen über das Lothringische Erz, über Halbfertigwaren und Standards ergänzt werden. Vor allem aber sei es notwendig, die französischen Eigentümern, die in den Rheinlanden den Beweis ihrer Unfähigkeit ablegten, sofort abzuberufen.